

Wir haben in Nordrhein-Westfalen das Thema „Cybersecurity“ auf Weltspitzenniveau weiterentwickeln können.

Wir sind mit dem 5G-Kompetenznetzwerk unterwegs und haben die höchste 5G-Abdeckung in Deutschland. Schauen Sie sich mal bei den Mobilfunkunternehmen an, wo 5G am meisten verfügbar ist. Das ist hier in Nordrhein-Westfalen der Fall. Wir haben rund 100 Millionen Euro in konkreten Projekten eingesetzt, um 5G in der Praxis einzusetzen – zum Beispiel mit dem Universitätsklinikum in Düsseldorf, mit Vodafone und vielen weiteren Beispielen.

Wir sind dabei, ein Kompetenznetzwerk zum Thema „Quantentechnologie“ aufzubauen, weil wir in dem Bereich exzellente Standorte haben und unsere Fähigkeiten da weiter ausbauen wollen.

Im Bereich der Biotechnologie sind wir ein ganz wesentlicher Standort und bauen da unsere Fähigkeiten weiter aus.

Den Bereich der Energieforschungstechnologien haben wir vorhin diskutiert.

Nordrhein-Westfalen ist in so vielen Feldern eines der zentralen Technologieländer und einer der zentralen Innovationsstandorte. Wir sind mit der Industrie, den Forschungseinrichtungen, den Hochschulen auch Patentthemen betreffend unterwegs, um diese PS, die wir haben, noch mehr auf die Straße bringen zu können: noch mehr Patente aus Nordrhein-Westfalen zur Anmeldung zu bringen, noch mehr innovative Gründungsvorhaben.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass das der Ansatz für Nordrhein-Westfalen ist, um sich über Innovation, über Digitalisierung in der Verwaltung, aber auch in den Unternehmen in den nächsten Jahren auch bei Wachstum und Beschäftigung ganz weit nach vorne zu schieben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15714, Einzelplan 14 unverändert anzunehmen.

Zuvor stimmen wir aber über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15736 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/15736** wie gerade festgestellt **angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15705 und den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/15694.

Ich eröffne die Aussprache und freue mich darüber, dass Kollege Ott schon startklar am Redepult steht. Bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht kann ich ja ein bisschen Zeit wieder hereinholen. – Zunächst geht mein Gruß an die Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, draußen vor dem Landtag, die heute demonstrieren und darauf setzen, dass die Politik nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch ganz konkret ihre Leistungen würdigt. Die Aufforderung an den Ministerpräsidenten und insbesondere an den Finanzminister ist, jetzt dafür zu sorgen, den Beschäftigten in dieser Tarifaueinandersetzung ein Angebot vorlegen zu können.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben zu Beginn Ihrer Regierungszeit weltbeste Bildung versprochen. Jetzt, gegen Ende der Legislatur, stellen wir fest, dass Ihre Politik von Stillstand, Plan- und Ideenlosigkeit geprägt ist. Es fehlt schlicht die Weitsicht. Es macht betroffen – es ist aber auch interessant –, dass Frau Sommer, Frau Löhrmann und Frau Gebauer am Ende ihrer Amtszeiten jeweils eine Welt gezeichnet haben, die es so nicht gibt. Die Realität wurde ausgeblendet. Das ist kein Grund zur Freude, weil es zu einem massiven Vertrauensverlust in die Schulpolitik dieses Bundeslandes führt. Die Menschen glauben keiner Partei mehr, dass sie in der Lage sei, die Schulpolitik vernünftig nach vorne zu bringen.

Zugegeben: Das Schulsystem ist ein Riesentanker und damit auch nicht leicht zu steuern und zu lenken. Umso wichtiger ist es aber, dass der Landtag und

insbesondere die Landesregierung ihre Aufgabe als Kapitän, diese Herausforderung, annehmen. Mit zweieinhalb Millionen Schülerinnen und Schülern, knapp 170.000 Lehrkräften plus anderen Berufsgruppen an rund 5.500 Schulen und einem riesigen Beamtenapparat im Schulministerium, in den Bezirksregierungen und natürlich in den Schuldezernaten unserer Städte, Gemeinden und Landkreise bewegt sich dieses System sehr langsam. Umso wichtiger ist es, dass es hinsichtlich der Herausforderungen, die auf uns zukommen, klare Ansagen dazu gibt, in welche Richtung dieses gewaltige Schiff sich bewegen soll.

Die Herausforderungen liegen auf der Hand: Erstens bahnt sich eine Personalkatastrophe an. Untersuchungen von Wissenschaftlern zeigen uns, dass wir davon ausgehen müssen, bis zum Ende dieses Jahrzehnts in den MINT-Fächern nur ein Drittel der jetzt im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen ersetzen zu können. Wir haben schlichtweg einen massiven Lehrermangel in den MINT-Fächern. Wir wissen, dass der Kollaps des dualen Systems 2027/28 droht, weil wir an den Berufskollegs viel zu wenig Lehrerinnen und Lehrer haben. Wir sehen, dass an den Grundschulen – wo Bildung so wichtig ist und viele Weichen gestellt werden – gerade in den Brennpunkten die meisten Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

Die zweite große Herausforderung ist die Armut und das verloren gegangene Aufstiegsversprechen. Der Bildungserfolg ist für viele Menschen in diesem Land nicht mehr gegeben: 20 % funktionale Analphabeten zum Ende der Schulzeit und etwa 6 % Schulabbrecher. Um es auf NRW herunterzubrechen: 2020 haben etwa 10.000 Schülerinnen und Schüler dieses Schulsystem ohne Schulabschluss verlassen. Da fragt man sich: Ist das ein funktionierendes System?

Drittens. Das Wirrwarr der Schulfinanzierung: Wir haben am Dienstag in der Anhörung davon gehört. Digitalisierung, Inklusion, Ganztag, Schulsozialarbeit, Schulbauten – alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass wir dringend eine Neuregelung brauchen. Die kommunalen Spitzenverbände bieten es uns an. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene, dem der Ampel, steht, dass man eine neue Kultur in der Bildungszusammenarbeit angehen wolle. Das kann ich nur begrüßen, das brauchen wir aber auch in Nordrhein-Westfalen. Es ist zwingend erforderlich, einen New Deal zu schaffen, und zwar über alle staatlichen Ebenen und Ressorts in unserem Land hinweg, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben.

Der vierte Punkt ist die Inklusion: Seit Jahren gibt es steigende Zahlen, zum Beispiel bei den Kindern im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung, teilweise gibt es eine Vervier- bis Verfünfachung. Es gibt deutlich mehr Kinder, die emotional und sozial herausfordernd sind. In den Medien macht man sich darüber

lustig, dass man jetzt von verhaltensoriginellen Kindern spreche. Fakt ist: Dahinter steht ein Thema, das anzugehen ist. Es gibt einen massiven Zuwachs bei den AO-SF-Verfahren. Die Schule für Kranke hat uns am Dienstag in der zweiten Anhörung mitgeteilt, dass seit fünf Jahren keinerlei Bewegung zum Wohle der Kinder zu erkennen sei.

Fünftens. Der Ganztag: Jahr für Jahr führen Sie ins Feld, dass Sie zusätzliche Plätze geschaffen hätten. Ja, das stimmt, aber es ist kein Konzept erkennbar. Es gibt, gerade vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs 2026, keine Standards für Räume, Ausgestaltung und Personal.

Die sechste Herausforderung ist das Schulsystem: Es gibt 39 verschiedene Modelle in den Kommunen Nordrhein-Westfalens. Wer kann in Nordrhein-Westfalen noch umziehen und sicher sein, dass es in der Stadt, in die er zieht, dieselbe Schulform gibt? Und vor allem: Welcher Schulpolitiker, welche Schulpolitikerin – von den anderen ganz zu schweigen – ist in der Lage, alle Schulformen in NRW aufzuzählen? Gibt es überhaupt noch ein Schulsystem in Nordrhein-Westfalen? – Ein System zeichnet sich dadurch aus, dass alle es verstehen können.

Die letzte Herausforderung, die ich erwähnen will, ist die Coronapandemie. Dazu sei nur so viel gesagt: Es ist interessant, dass die stellvertretende Landesvorsitzende der CDU jetzt die Landesregierung angreift, weil sie die Maskenpflicht an den Schulen abgeschafft hat. Das soll hier zumindest erwähnt werden. Die Koalition scheint in dieser Frage nicht ganz so einmütig zu sein.

Wenn wir über die Coronapandemie reden, müssen wir auch über die Erkenntnis aus der aktuellen Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB, vom September 2021 reden: Die Lebenszufriedenheit der Abiturientinnen und Abiturienten 2020 sei mit denen von Menschen in Kriegsgebieten zu vergleichen – ich wiederhole: Menschen in Kriegsgebieten. Das ist vollkommen untypisch für diese Generation, das darf in diesem Land eigentlich auch nicht sein.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Psychologinnen und Psychiater warnen aber schon seit Monaten, welche Folgen die Pandemie für Kinder und Jugendliche haben kann: Angstzustände, Depressionen, Flucht in Suchterkrankungen, Suizidgedanken. Und was macht dieses Schulministerium? Es gaukelt uns die ganze Zeit Normalität vor, anstatt wahrzunehmen, dass das System jetzt Zeit braucht. Die Lehrerinnen und Lehrer, unsere Pädagoginnen und Pädagogen, brauchen Zeit, um mit den Kindern und Jugendlichen vernünftig arbeiten zu können.

(Beifall von der SPD)

Das Fazit ist: Wir haben ohne Ende Herausforderungen vor uns, die angegangen werden müssen. Viele von ihnen müssen parteiübergreifend angegangen werden. Zusammenarbeit ist aber in keinem Feld der Politik von CDU und FDP gewünscht.

Aus Ihrem Haushaltentwurf lese ich allerdings auch nicht heraus, dass Sie die Probleme angehen wollen oder dass Sie irgendeine Idee haben, wie Sie die Herausforderungen meistern wollen.

Was wäre jetzt notwendig? Fangen wir einmal damit an, was Sie machen. Den Sozialindex haben Sie eingeführt. Das lobe ich; das ist richtig. Das Problem ist nur: Ein Sozialindex muss mit zusätzlichen Personalressourcen ausgestattet werden. Nur die Umverteilung von denen, denen es nicht ganz so schlecht geht, zu denen, denen es schlecht geht, ist der falsche Weg.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Mehr Personal, Schulverwaltungsassistenten und Sonderpädagogen, ist richtig und gut; keine Frage. Aber bei der Einbindung und der Frage, welches Konzept mit der neuen Multiprofessionalität in den Schulen verbunden ist: Fehlanzeige.

Zum Thema „Personal“: In den Grundschulen sind mehr A13-Stellen geschaffen worden. Aber das, was im Wahlkampf und vor dem Wahlkampf alle versprochen haben – dass es gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt und A13 für alle eingeführt wird –, ist bis heute nicht umgesetzt. Alle haben dieses Wahlkampfversprechen gemacht. Es ist wirklich bitter, dass auch am Ende dieser Periode keine Anzeichen gemacht werden, dieses Versprechen einzulösen.

In diesem Haushalt gibt es mehr Stellen für die berufliche Bildung. Auch das ist vom Prinzip her richtig. Aber die Probleme, die im System sind – dass viele gar nicht mehr Berufsschullehrer oder Berufsschullehrerin werden wollen –, werden nicht angegangen. Und die Probleme um die Werkstatt-Lehrkräfte, die wir mehrfach diskutiert haben – perfekt ausgebildete Meister, handwerklich ausgebildete Meister, die wir zur Verfügung haben können –, werden nicht gelöst. Den Berufskollegs wird da nichts zugetraut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das nächste Thema ist die Stellenbesetzungsquote. Sie feiern sich dafür, dass Sie so viele zusätzliche Stellen geschaffen haben. Wunderbar! Aber eine Stellenbesetzung von 80 bis 90 % bedeutet nicht auch Lehrerinnen und Lehrer von 80 bis 90 %. Auf Lehrerstellen mitberechnet werden zum Beispiel chronisch erkrankte Lehrkräfte und schwangere Lehrerinnen, aber auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Verwaltungsassistentinnen und Verwaltungsassistenten.

Der Mangel ist also viel größer, als in dieser Statistik dargestellt wird, und führt dazu, dass die Leute vor Ort das ganze Gerede von mehr Stellen nicht mehr

ernst nehmen. Da fehlt aus Sicht der Betroffenen schlicht die Verlässlichkeit der Regierung, sie zu unterstützen.

Der Deutsche Beamtenbund schreibt in seiner Pressemitteilung 2021 zum Haushalt:

„Die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes soll laut NRW Landesregierung kostenneutral erfolgen.“

Ich zitiere weiter:

„Die faktischen Personalausgabensätze (Ist-Zustand) lagen in den vergangenen Jahren regelmäßig unter den geplanten (Soll-Zustand).“

Er spricht in diesem Zusammenhang davon, dass das Personal die Spardose des Landes sei. Das sagt eigentlich alles.

Präsident André Kuper: Die Redezeit wird nicht korrekt angezeigt.

Jochen Ott (SPD): Ach so. Sie haben mir das ja einblendet.

Ich komme zum Thema „Ganztag“. Dazu habe ich bereits gesagt: Wir bräuchten jetzt dringender denn je die Vorbereitung für 2026.

Last, but not least komme ich zu Ihrem Punkt „Bildungsausgaben“. Sie feiern sich dafür, dass Sie mehr Bildungsausgaben haben. Wenn wir uns den Haushalt anschauen, stellen wir aber fest, dass der Haushalt insgesamt um 6,4 % steigt, aber der Bildungsbereich gerade mal um 2,2 %. Vor dem Hintergrund zu sagen, dass bei dieser Landesregierung Bildung Priorität hat, ist schlicht ein Witz.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie denken immer noch ausschließlich in Ressorts. Statt alle Ressorts, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, miteinander zu verknüpfen, ist die Ministerin in den letzten Monaten vor allen Dingen dadurch aufgefallen, immer wieder zu sagen: Hier bin ich gar nicht zuständig.

So kann Schule von morgen nicht gelingen. Weltbeste Bildung haben Sie versprochen. Der Haushaltsentwurf für 2022, ihr Abschlusshaushaltsentwurf, lässt nichts in diese Richtung erkennen.

Deshalb sage ich hier für die SPD-Fraktion: Im Mai 2022 braucht es einen Neustart in der Bildungspolitik von Nordrhein-Westfalen. Wir wollen mehr Fortschritt wagen – zum Wohle der Kinder und Jugendlichen und übrigens auch für eine gute ökonomische Zukunft Nordrhein-Westfalens. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der CDU hat die Abgeordnete Frau Schlottmann das Wort.

Claudia Schlottmann^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich, wenn wir über den Haushalt zum Bereich „Schule“ sprechen, direkt auf Herrn Ott und seinen Wunsch-dir-was-Katalog eingehen.

Sie haben uns in 2017 ein völlig heruntergewirtschaftetes und marodes Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen hinterlassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Einer der ersten Schritte, den wir vor viereinhalb Jahren vornehmen mussten, war die Lehrerstellenbedarfsplanung; denn unter ihrem System war nicht einmal erkennbar, an welchen Stellen Lehrer überhaupt fehlen.

Nun präsentieren Sie Forderungen, bei denen Ihnen völlig klar ist, dass diese weder finanziell noch personell realistisch umsetzbar sind. Es zeigt sich also mal wieder, wie bequem Sie es sich in der Rolle der Opposition machen. Sie fordern das, was Sie in Ihrer langen Regierungszeit nicht geschafft haben. Das ist ein Trauerspiel, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wissen Sie, was ich am Programm der SPD besonders bemerkenswert finde? Es ist kein Cent dafür vorgesehen, die Qualität des Unterrichts an unseren Schulen zu verbessern. Ihre Hauptanliegen sind die Übernahme der Kosten für den Schulweg, ein kostenloses Mittagessen und die Bezahlung von Lernmitteln. Allein für diesen Bereich möchten Sie über 6 Milliarden Euro ausgeben. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Das sind ganz wichtige Punkte.

Aber sind das wirklich unsere zentralen Probleme in Schule? Nein. Sollten wir uns nicht viel mehr mit der Beseitigung des Lehrermangels oder mit der Frage beschäftigen, wie wir Schulsozialarbeit verbessern und mehr Schulsozialarbeiter in die Schulen bringen können? Aber wovon spreche ich denn? Das hat Sie ja in Ihrer Regierungszeit auch nicht interessiert.

Lassen Sie uns Ihr Szenario doch einmal durchspielen: 6 Milliarden Euro für die eben aufgezählten Bereiche. Das ist ja schön und gut. Dann sagen Sie mir doch einmal, welche anderen Ausgaben im Schulalltag wir dafür streichen dürfen. Im OGS-Bereich, in der Digitalisierung, bei den Stellen oder doch vielleicht bei den Schulverwaltungsassistenten?

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ach nein, entschuldigen Sie. Denken wir in dem Szenario einmal wie die SPD. Dann ist alles gar kein Problem. Wir nehmen einfach neue Schulden auf;

das ist ein bewährtes Mittel. – Klar, es ist ein bewährtes Mittel, um nachhaltiges Wirtschaften quasi unmöglich zu machen. Es ist ein bewährtes Mittel, um unsere Staatsfinanzen weiter in die roten Zahlen zu führen. Und es ist ein bewährtes Mittel, um die Verantwortung auf unsere Kinder abzuschieben.

Denn, meine Damen und Herren, wir dürfen bei unseren Überlegungen nicht vergessen: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Ich möchte meinen Kindern diese Last nicht auferlegen. Das hat absolut nichts mehr mit Generationengerechtigkeit zu tun.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Frank Müller [SPD] und Monika Düker [GRÜNE])

Ein weiterer Aspekt, den ich mit Erstaunen gelesen habe, ist die Abschaffung des Sitzenbleibens. Wem dient denn diese Idee? Uns ist bewusst, dass das Sitzenbleiben für keinen Schüler einfach ist. Aber indem man es einfach abschafft, lösen wir doch das eigentliche Problem nicht. Diese Kinder haben Lerndefizite, und die sind nicht einfach mal eben aufgeholt. Wir tun doch keinem Kind einen Gefallen damit, wenn es Jahr für Jahr zwar mitgezogen wird, aber immer weiter abgehängt bleibt.

Es ist unsere Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern das nötige Rüstzeug mit auf den Weg zu geben, um später eine gute berufliche Perspektive zu haben. Und wenn das mal ein Jahr länger dauert, dann ist das auch kein Problem. Ihre Denke müssen Sie endlich einmal ablegen. Die Augen vor der Realität zu verschließen, hilft an dieser Stelle überhaupt nicht.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Nicht jedes Kind ist gleich. Das ist auch gut so. Deswegen wird es so etwas mit uns nicht geben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie uns noch einmal gemeinsam einen Blick darauf werfen, wie man die richtigen Schwerpunkte in einem Haushalt setzen kann. Ich nenne Ihnen zunächst die beiden wichtigsten Zahlen: 20,9 Milliarden Euro für unsere 2,2 Millionen Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Damit stellen wir ein noch nie da gewesenes Haushaltsvolumen für die Bildung in unserem Land her. Das ist die Hausnummer, die wir im kommenden Jahr für die Bildung und damit für die Zukunft unserer Kinder ausgeben.

Für uns ist ganz klar: Ein guter Unterricht ist der Grundstein für eine gute Bildungsbiografie unserer Schülerinnen und Schüler. Dafür haben wir zu Beginn dieser Legislaturperiode mittels einer Lehrkräftebedarfsprognose eine Basis geschaffen und so auf den bereits länger bestehenden Lehrermangel reagieren können. Wir weiten den Stellenplan um fast 4.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer aus.

Um einen Vergleich zu schaffen: Uns ist es seit der Regierungsübernahme 2017 gelungen, die Anzahl der Lehrerstellen um rund 10.000 Stellen auszubauen. Das muss man erst einmal leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit vier Maßnahmenpaketen hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, um Lehrkräfte zu gewinnen – mit Erfolg; denn 5.360 Lehrerstellen konnten so besetzt werden. Doch das allein reicht nicht aus. Wir haben zudem die Schulverwaltungsassistenten deutlich verstärkt, um den Lehrerinnen und Lehrern endlich wieder Raum für ihre eigentliche Berufung zu geben: das Lehren.

Ein weiterer ganz wichtiger Punkt dieses Haushalts ist die Digitalisierungsoffensive an unseren Schulen. Seit 2017 arbeiten wir intensiv an einer langfristigen Strategie, um die Digitalisierung weiter voranzubringen. In unserer heutigen Welt ist es immer wichtiger, dass junge Menschen über digitale Kompetenzen verfügen. Damit ist der Auftrag für uns als Land klar: Wir müssen sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die digitalen Chancen nutzen können. Auch hier steht die Bildungsgerechtigkeit klar im Vordergrund.

In der Coronakrise mussten wir eine schnelle Abhilfe schaffen, um zu gewährleisten, dass der Unterricht – wenn auch digital – weiter stattfinden konnte. In dieser Zeit haben wir es geschafft, unsere Lehrkräfte und unsere Schülerinnen und Schüler schnell mit Endgeräten auszustatten und somit den Distanzunterricht möglich zu machen. Aus dieser Zeit heraus können wir nun wertvolle Erfahrungen sammeln.

Doch auch unabhängig von der Pandemie gilt: Ohne digitale Lernangebote geht es nicht mehr. Wir können es uns nicht leisten, in unserer modernen und schnellen Welt die Augen davor zu verschließen.

Und: Digitale Schule bedeutet mehr als Technik. Vielmehr geht es längst darum, wie sich didaktisch-pädagogische Konzepte verändern, gerade weil es neue, zusätzliche technische Möglichkeiten gibt. Deswegen stellen wir hierfür insgesamt rund 2 Milliarden Euro bereit.

Davon fließen 4,9 Millionen Euro in den Ausbau von LOGINEO NRW. Gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig eine Online-Lernplattform ist. Mithilfe des Lernmanagements arbeiten mittlerweile über 2.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen mit diesem Programm, und stetig werden es mehr.

Doch nicht nur finanziell bauen wir LOGINEO weiter aus. 165 Medienberater und Koordinatoren werden künftig die Plattform und deren Nutzer unterstützen. Wir wollen das Onlineangebot qualitativ ausbauen, um den Lehrkräften sowie den Schülerinnen und Schülern in unserem Land das bestmögliche Equipment an die Hand zu geben.

Mit dem Ausbau und der Fortführung der Digitalisierung führen wir den Übergang in ein modernes Schulwesen fort. Ebenso ermöglichen und sichern wir damit, dass alle Schülerinnen und Schüler auch unter Pandemiebedingungen weiter unterrichtet werden können. Denn jeder in unserem Land hat ein Recht auf Bildung – und das mit und ohne Pandemie.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein weiterer wichtiger Pfeiler dieses Haushalts ist die Stärkung und verlässliche Fortführung der Schulsozialarbeit. Uns allen ist bewusst, dass die Schule von heute mehr Aufgaben hat, als nur zu unterrichten. Wir haben daher die Schulsozialarbeit ausgeweitet, gestärkt und konzeptionell neu ausgerichtet, um für eine weitere Verbesserung der Qualität zu sorgen. Deshalb haben wir die Mittel um 20 % auf nun 57,7 Millionen Euro erhöht.

Ebenso nimmt der Offene Ganztag eine wichtige Stellung in diesem Haushalt ein und erfährt eine Steigerung. 641,6 Millionen Euro werden in den Offenen Ganztagschulen im Primarbereich investiert. Wir sprechen von einer Steigerung von mehr als 41 %.

Damit schaffen wir 7.830 neue Ganztagsplätze ab dem 1. August 2022. So können ab dem Schuljahr 2022/2023 insgesamt 362.500 Plätze im Offenen Ganztag ermöglicht werden. Seit 2017 haben wir 54.900 Plätze geschaffen. Wir passen damit die Schule weiter an die Realität an und geben den Eltern die Möglichkeit, Beruf und Familie miteinander zu verbinden.

Auch die Schul- und Bildungspauschale wächst seit der Regierungsübernahme in 2017 stetig an. Von rund 723 Millionen Euro wird die Pauschale auf 748 Millionen Euro angehoben. Wir investieren damit 25 Millionen Euro mehr in die Zukunft unserer Kinder und damit schlussendlich auch in die Zukunft unseres Landes.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt stellen wir die Weichen für ein modernes Lernen, für qualitativ guten Unterricht und damit auch für die Zukunft unseres Landes. Es liegt allein an uns, unsere Schülerinnen und Schüler fit für ihren weiteren Werdegang zu machen. Ich kann Ihnen heute sagen: Ich bin davon überzeugt, dass wir dieser Verantwortung mit dem vorliegenden Haushalt gerecht werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Grünen spricht die Abgeordnete Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt steigende Inzidenzen bei Schülerinnen und Schülern, steigende

Quarantänezahlen und die eindeutige Empfehlung vom Präsidenten des RKI, die Maskenpflicht an Schulen bis zum Frühjahr beizubehalten.

Was fällt der Schulministerin angesichts dieser Lage ausweislich ihrer Presseerklärung vom Dienstag ein? Ich zitiere aus der Überschrift:

„Wir überwachen den Schulbetrieb streng und beobachten die Entwicklung weiterhin sehr genau“

Liebe Frau Gebauer, Zuschauen reicht in dieser Situation aus unserer Sicht nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich persönlich kann Lothar Wieler verstehen, wenn er inzwischen an Politik wie Ihrer verzweifelt, die wissenschaftlichen Empfehlungen mit einer solchen hartnäckigen Ignoranz begegnet und einfach auf ein Weiter-so setzt.

Aber es geht nicht nur um die Masken. Es geht auch um andere Maßnahmen, um den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu stärken und um den Präsenzunterricht zu sichern.

Nehmen wir die Lüftungsgeräte. Auch da könnten Sie jede Menge machen. Das erste Landesprogramm 2020 umfasste noch 50 Millionen Euro, kam viel zu spät – der Herbst hielt schon Einzug, als die Förderrichtlinien vorlagen –, war sehr bürokratisch, grenzte einen Großteil der Klassenräume aus und wurde fast nicht abgerufen.

Jetzt nun: Lüftungsprogramm II, zweiter Anlauf 2021, diesmal ein Bundes- und Landesprogramm. Stattliche 90 Millionen Euro stehen zur Verfügung. Immerhin konnte man hier schon Ende August die Mittel abrufen und Anträge stellen. Aber wiederum: viel Bürokratie, viele Einschränkungen – nur für Kinder über zwölf, nicht zu lüftende Räume usw.

Mit Stand 27. Oktober fragten wir den Abruf im Haushalts- und Finanzausschuss ab. Mit Stand 27. Oktober waren 3,2 Millionen Euro von 90 Millionen Euro bewilligt. Das ist eine Abrufquote von mickrigen 3,5 %.

Was hindert Sie daran, Frau Ministerin, die Rückmeldung zum Bedarf endlich ernst zu nehmen, an den Förderrichtlinien etwas zu verändern und für alle Schulen und für alle Schülerinnen und Schüler ein eigenes Landesprogramm aufzulegen, das dann auch wirklich vor Ort ankommt, und die Kommunen mit der Finanzierung nicht weiter alleine zu lassen? Unsere Unterstützung hätten Sie für ein solches Programm.

(Beifall von den GRÜNEN und Frank Müller [SPD])

Man kann doch als Antwort auf unsere Frage im HFA, warum die Programmmittel nicht abgerufen werden, nicht sagen: Die haben halt keinen Bedarf. Die wollen keine Geräte.

(Zuruf von Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung)

– Nein, das war im Haushalts- und Finanzausschuss. Es wurde gefragt, warum das Geld nicht abgerufen wird. Die Antwort war, es bestünde ja kein Bedarf.

Dann muss man sich einmal vor Ort erkundigen. Natürlich ist der Bedarf da. Viele Kommunen finanzieren das eben aus eigener Tasche. Da muss man doch einmal reflektieren, ob das vielleicht auch an seinem Programm liegt und nicht nur an den ignoranten Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Koalitionsvertrag im Kapitel „Bildung“ – Kollege Ott hat es schon gesagt – ist an Superlativen eigentlich nicht zu überbieten. Nichts weniger als weltbeste Bildung sollte es werden in unseren Schulen.

Wenn das Ihr Ziel war, frage ich Sie, Frau Ministerin, zum letzten Haushalt in dieser Legislaturperiode:

Warum haben wir dann nicht die zugesagte – Achtung: Koalitionsvertrag – 105%ige Lehrerversorgung an Grundschulen,

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Weil Sie uns einen Scherbenhaufen hinterlassen haben!)

sondern am Ende Ihrer Amtszeit nur 94,2 %? Warum sind 6.848 Planstellen nicht besetzt?

Warum haben Lehrkräfte für Grundschulen und Sekundarstufe I immer noch nicht den zugesagten gleichen Lohn für gleiche Arbeit?

Warum liegt der Sanierungsstau bei den Schulgebäuden immer noch mit 9 Milliarden Euro auf einem Höchststand?

Warum ist im Ruhrgebiet immer noch jede dritte Schule eine sogenannte Brennpunktschule an herausfordernden Standorten, wo die zugesagten Sozialindexstellen nicht angekommen sind?

Warum verweigern Sie – immerhin als FDP-Politikerin; das muss man sich einmal vorstellen – Schulen in freier Trägerschaft die notwendigen Mittel für die Umstellung auf G9, die Sie den kommunalen Schulen doch geben? Sie müssen ja die Voraussetzungen genauso erfüllen, bekommen aber nicht die Mittel dafür, sich auf G9 einzustellen.

Schlussendlich: Warum, Frau Ministerin, steigen die Etatansätze im Bildungsbereich unterdurchschnittlich zum Gesamtetat?

So geht beste Bildung in unserem Land nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich habe so etwas im Unterausschuss Personal und im HFA noch nicht erlebt: Unisono haben alle Sachverständigen heftig genau diese Defizite thematisiert.

Die Antwort auf die Frage, warum das so ist, liegt ja auf der Hand: weil die Schulpolitik in diesem Kabinett nicht den politischen Stellenwert hat, den unsere Bildung in diesem Land verdient.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Frau Ministerin, Sie hätten die Chance gehabt. Das Geld wurde von der Vorrednerin ja schon angesprochen. Sie hätten die Chance gehabt, zugesagte Maßnahmen umzusetzen, als Sie sich in den Jahren 2018 und 2019 über stetig steigende, sprudelnde Steuereinnahmen freuen konnten.

Ich nenne nur ein Beispiel. Allein die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer stiegen seit 2017, unserem letzten Etat, von 3,1 Milliarden auf 4,1 Milliarden Euro im Jahr 2022. Das wäre ein konkreter Vorschlag, weil ja angeblich kein Geld da sein soll. Allein mit diesen Steuermehreinnahmen hätten Sie beispielsweise den Einstieg in eine gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte schaffen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie denn schon Ihr Versprechen brechen, den Menschen von diesen Mehreinnahmen sehr viel zurückzugeben – das hatte Armin Laschet ja gesagt –, dann hätten Sie das Geld doch in gute Bildung investieren können.

Sie hätten auch die Chance gehabt, aus dem schulscharfen Index ein wirkungsvolles Instrument zu machen und nicht nur einen Verschiebebahnhof, wie er gerade geplant ist. Auch hier hörten wir sehr deutliche Worte von den Verbänden, dass das Ziel, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen, mit den verschobenen 250 Stellen eben nicht erreicht werden kann. Hier müssen dann Schulen auch noch um Ressourcen ringen und untereinander kämpfen.

Sie können selbstverständlich auch – das hätten Sie mit diesem Haushalt auch machen können; wir hätten dem auch sehr gerne zugestimmt – den Schulen in freier Trägerschaft die Mittel für die Umstellung auf G9 geben. Das sind 12 Millionen Euro jedes Jahr. Die Berechnungen liegen Ihrem Haus vor. Bis 2026 muss es, glaube ich, umgesetzt werden. Das ist ein stufenweiser Plan. Es sind 12 Millionen Euro pro Jahr. Die Berechnungen kennen Sie. Das liegt alles in Ihrem Haus vor. m, „Auch diese Schulen sind gesetzlich verpflichtet, G9 einzusetzen, bekommen aber die Mittel dafür nicht.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Vielleicht haben Sie ein komplett gestörtes Verhältnis zum Finanzminister, der heute nicht hier ist. Aber unsere Unterstützung hätten Sie bei der Bereitstellung dieser Mittel gehabt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man nicht erkennt, dass diese Probleme – wie gesagt: lesen Sie sich einmal die Protokolle der Anhörungen durch – so eklatant auf dem Tisch liegen, dann hat das schon etwas von Realitätsverweigerung. Sie wollen das alles hier auch noch schönreden, wie wir gleich wieder hören werden.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ich habe ja noch gar nicht geredet!)

– Sie werden sich wahrscheinlich gleich wieder – das macht diese Regierung ja am liebsten – selber loben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich zitiere nur einmal aus der Anhörung zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Statt den Einstieg mit A13 für alle gab es den sogenannten 5%igen Beförderungskegel an den Grundschulen. „5 % Beförderungssämter funktionslos“ ist alles, was diese Regierung für Grundschullehrerinnen und -lehrer an Brosamen anbietet.

Dazu sagte Stefan Behlau vom VBE in der Anhörung des Unterausschusses Personal – ich zitiere –:

„Es ist ein Hohn. Wir reden von 5 % Beförderungssämtern in den Grundschulen. 10 % haben wir immerhin in den Hauptschulen, 40 % und mehr in den anderen Schulformen.“

So sein Vergleich und seine sehr deutlich vorgetragene Klage. Und das ist nur eine Rückmeldung von sehr vielen, die wir hier in der Anhörung zu verzeichnen haben.

Frau Ministerin, als Haushaltspolitikerin habe ich da den Vergleich und den Überblick. Ich kann Ihnen sagen: Es gab in keinem anderen Fachbereich eine so deutliche – ich will gar nicht „Empörung“ sagen – tiefe Frustration, weil hier auch Vertrauen verspielt wurde, weil Zusagen nicht eingehalten wurden und weil das, was diese Regierung macht, vor Ort nicht dazu dient,

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD])

dass das – da komme ich zum Anfang zurück –, was in Ihrem Koalitionsvertrag postuliert wurde, nämlich gleiche Bildungschancen für alle, beste Bildung für alle sowie Schule und Bildung als Priorität der Politik dieser Landesregierung, umgesetzt wurde. Dieses Versprechen haben Sie nicht erfüllt. Das spricht in diesem Haushalt mal wieder eine sehr deutliche Sprache.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP spricht die Abgeordnete Frau Hannen.

Martina Hannen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bildungspolitik und CDU und FDP: Das passt zusammen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das haben wir gerade gehört!)

Das erleben wir seit 2017 Jahr für Jahr. Aber es passt nicht etwa nur deshalb zusammen, weil auch in diesem Jahr der Etat des Einzelplans 05 weiter steigt und mit 20,9 Milliarden Euro noch einmal fast eine halbe Milliarde Euro über dem Ansatz für das Haushaltsjahr 2021 liegt. Es passt auch nicht etwa nur deshalb zusammen, weil der Haushaltsentwurf 2022 netto 3.971 zusätzliche Stellen im Vergleich zum Vorjahr vorsieht. Es passt auch nicht etwa nur deswegen so gut zusammen, weil von diesen 3.971 Stellen 3.348 Stellen alleine auf den Lehrerstellenhaushalt entfallen.

Ich könnte Ihnen jetzt noch weiter die Erfolge unserer konsequenten und – das finde ich wichtig – ideologiefreien Bildungspolitik präsentieren. Aber am Ende würde immer stehen, dass das nicht alleine der Grund dafür ist, dass Freie Demokraten und Bildungspolitik so gut zusammenpassen.

Der Grund dafür, dass es eben passt, ist viel einfacher, wenn auch – das haben wir heute in den Reden hier gehört – für einzelne Fraktionen sehr schwer nachzuvollziehen. Der Grund, warum dieser Haushaltsentwurf so erwähnenswert ist, ist die Tatsache, dass er alle Schulformen und alle an der Bildung beteiligten Akteure gleichermaßen in den Blick nimmt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir dürfen über einen Haushaltsentwurf sprechen, der ausgewogen alle Schülerinnen und Schüler, von der Grundschule bis zum Meister, stärkt. Das möchte ich Ihnen gerne an einigen ausgewählten Beispielen verdeutlichen.

Wir machen keine ideologische Politik für die Schulform, die wir persönlich für die beste halten. Wir erzwingen auch nicht aus ideologischen Gründen Inklusion, die dann – das haben wir leider erleben müssen – zum Scheitern verurteilt ist. Denn wir – und hier liegt wohl der größte Unterschied – wollen beste Bildung für alle Kinder, egal, woher sie kommen und auf welche Schule sie gehen.

749 Stellen mehr für die Neuausrichtung der Inklusion und 250 Stellen mehr für multiprofessionelle Teams sprechen hierbei eine sehr eindeutige Sprache, meine Damen und Herren. Dieser Haushaltsentwurf orientiert sich an den Realitäten im Land – nicht an den Träumereien, die Sie gerade von SPD und Grünen hören mussten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Er nimmt sowohl die Starken als auch die Schwachen in den Blick und lässt ideologische – ich wiederhole es noch einmal – Träumereien links liegen.

Mit dem schulscharfen Sozialindex, der heute auch mehrfach hier erwähnt wurde, hat die Landesregierung ein Instrument eingeführt, das Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen gezielt unterstützt und so genau das tut, was wir so dringend brauchen, nämlich mehr Bildungsgerechtigkeit schafft.

Von den neuen Stellen im Haushaltsentwurf entfallen 250 zusätzliche Stellen, also Stellen gegen den Unterrichtsausfall und für eine bessere individuelle Förderung, auf den Schulsozialindex.

Meine Damen und Herren, sehr lange wurde dieser Schulsozialindex von Rot-Grün versprochen. Aber wir, die NRW-Koalition, haben genau das umgesetzt. Es ist halt entscheidend, dass man nicht träumt, Herr Ott. Entscheidend ist, dass man umsetzt. Und das haben wir gemacht. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch der Schulversuch Talentschule wird in diesem Haushalt wieder mit Stellen hinterlegt. Mit diesen Talentschulen wollen wir exemplarisch erarbeiten, wie die Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg an Schulstandorten mit besonderen Herausforderungen gelingen kann. Kurz: Wie können wir die Schwächeren stärken, Selbstbestimmung und Aufstieg ermöglichen?

In diesem Rahmen mussten wir folgerichtig auch die Schulsozialarbeit in den Blick nehmen. Auch hier ist es gelungen, die Schulsozialarbeit um weitere 10 Millionen Euro stärken und diese immer wichtigere Rolle, die sie in unseren Schulen einnimmt, tatsächlich fortzuführen und dauerhaft zu gewährleisten. Auch das ist ein Riesenerfolg und etwas, was Sie immer gefordert, aber selber nie umgesetzt bekommen haben.

(Beifall von Kirstin Korte [CDU] und Claudia Schlottmann [CDU])

Meine Damen und Herren, wir entwickeln neue Wege. Ich möchte beispielhaft den Masterplan Grundschule erwähnen: dort anpacken, wo offensichtlich der Schuh drückt; das Ganze an der Sache und vor allen Dingen an Kindern und Beschäftigten in den Grundschulen orientiert denken.

Das heißt in Zahlen: 783 zusätzliche Stellen zur Umsetzung des Masterplans Grundschule; weitere 400 Stellen mehr für die Schuleingangsphase; noch einmal 200 Stellen zur Unterstützung des Gemeinsamen Lernens in den Grundschulen; 33,3 Millionen Euro mehr für den Offenen Ganztag, um weitere 7.830 neue Plätze zu schaffen. Wir sprechen gar nicht von den 25.000, die wir allein in 2021 geschaffen haben, sondern das sind noch mal mehr als 7.800 neue Stellen.

Ganz, ganz wichtig ist für uns, die Schulsozialarbeit mit ihren Fördersätzen stetig jährlich um 3 % zu erhöhen. Das ist das, was in diesem Haushalt steht.

Hervorragende Ergebnisse, hervorragende Gedankengänge!

In diesem Jahr – darüber freue ich mich persönlich – nehmen wir die berufliche Bildung und unsere Berufskollegs erneut in den Fokus, und zwar, ich sagte es, vom Grundschüler bis zum Meister.

Dieser Haushaltsentwurf ist ein Meilenstein auf dem Weg zur besten Bildung für unsere jungen Menschen. Er ist darüber hinaus auch ein Meilenstein für die Stärkung der beruflichen Bildung und den Fachkräfteaufwuchs in diesem Land.

Mit der Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung hat die Landesregierung dem breiten Konsens aller Akteure der beruflichen Bildung Rechnung getragen. Herr Ott, das ist übrigens ministeriumsübergreifend geschehen; daran hat das MAGS genauso mitgearbeitet. Ich weiß nicht, ob Sie das überhaupt mitbekommen haben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben hier alle Akteure an einen Tisch gebracht. Wir haben uns auf den Weg gemacht, berufliche Bildung und sozialen Aufstieg zusammenzubringen, das für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes so wichtige System wieder stärker zu beleben und fit zu machen für die kommenden Jahre.

Auch hier sehen wir den realen Unterschied in der Bildungspolitik. Es war und es ist die CDU-FDP-Koalition in diesem Land, die die Herausforderungen der beruflichen Bildung aus den reinen Sonntagsreden herausgeholt hat und zum Gegenstand tagtäglich-er Politik macht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

705 Stellen zur Umsetzung der Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung, 583 Stellen zur Anpassung der Schüler-Lehrer-Relation für die beruflichen Gymnasien und 50 Stellen zur Unterstützung des Ausbildungskonsenses – das sind Zahlen, die belegen, dass wir Probleme nicht nur blumig beschreiben, sondern – das ist das Entscheidende, das erwarten die Menschen in diesem Land – auch lösen können. Das tun wir mit diesem Haushalt.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Da passen die 23,6 Millionen Euro für Zuschüsse im Rahmen der Aufstiegsfortbildungsförderung und die 6,1 Millionen Euro für Maßnahmen der Lehrerfortbildung, insbesondere im Zusammenhang mit der Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung, gut ins Bild.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt zündet keine Nebelkerzen, wie wir es von der Opposition hören mussten. In einem Nebensatz möchte ich noch sagen: Sie haben Nebelkerzen nie selbst gelöscht, aber immer gerne angezündet.

Der Haushalt verbreitet eben keine Halbwahrheiten, und er spielt – das finde ich wichtig – auch nicht die einzelnen Akteure der Bildungspolitik gegeneinander aus. Er ist schlicht und einfach an der Sache und zum Beispiel an der digitalen Zukunft unserer Schulen orientiert.

Wie nötig die digitale Weiterführung unserer Schulen ist, haben die letzten fast zwei Jahre mehr als deutlich gezeigt. Viel zu lange wurden unsere Schulen von der rot-grünen Regierung, die wir vorher erleben mussten, künstlich in der Kreidezeit gehalten, und es wurde versäumt, digitale Kompetenzen innerhalb der Schulen aufzubauen und zu verstetigen.

Diese schwerwiegenden Versäumnisse geht die NRW-Koalition seit 2017 konsequent im Sinne der Schülerinnen und Schüler und im Sinne der Beschäftigten an unseren Schulen an.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

In Rekordzeit wurde die von Rot-Grün verkorkste Entwicklung von LOGINEO NRW korrigiert und den Schulen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Aber das reine Zurverfügungstellen reicht uns nicht aus. Daher haben wir im Haushaltsentwurf 2022 für Medienberaterinnen und Medienberater für LOGINEO NRW 165 Stellen hinterlegt. Dazu kommen 35 weitere Planstellen für die Begleitung der Schulen bei der Einführung von LOGINEO sowie insgesamt 130 Stellen für allgemeine Medienkoordinatorinnen und Medienkoordinatoren.

Meine Damen und Herren, heute schon an morgen denken, das gilt nicht nur mit Blick auf die digitale Lebenswirklichkeit. Wie ernst wir diesen Leitsatz nehmen, dieses wirkliche An-morgen-Denken – und auf diesem Weg wollen wir alle mitnehmen –, zeigt sich zum Beispiel an den 100 Vorgriffsstellen, die wir für die Gymnasien sehen. Wir alle kennen die Altersstruktur unserer Lehrkräfte und die kommende Entwicklung. Auf Grundlage dieser Sachkenntnis handeln wir. Vielleicht passen deshalb Bildungspolitik und CDU und FDP so gut zusammen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Lassen Sie mich abschließend noch einige Worte zum Umgang mit der Coronapandemie in unseren Schulen sagen. Wenige Bereiche unseres Lebens standen und stehen während der Pandemie derart im Fokus der öffentlichen Debatte, und in wenigen Bereichen wurde derart unverschämt polarisiert. Kinder, Familien und unsere Lehrkräfte dürfen aber nicht zum Vehikel vermeintlicher politischer Landgewinne degradiert werden.

Unsere Ministerin Yvonne Gebauer und wir haben immer das klare Ziel verfolgt, die Schulen offen zu halten; denn der Preis, den Kinder für länger andauernde Schulschließungen zahlen, ist mit Blick auf das Infektionsgeschehen an den Schulen eindeutig zu

hoch. Hier stehen wir klar an der Seite der Wissenschaft und sind schockiert über die dauerhafte Fehllage zum Beispiel vonseiten der SPD.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Selbstverständlich stellt die aktuelle Situation für alle Beteiligten eine außerordentliche Belastung dar. Aber durch eine umfassende und in dieser Intensität einmalige Teststrategie und gut funktionierende Hygienekonzepte konnten und können die Schulen geöffnet bleiben.

An dieser Stelle möchte ich unseren ausdrücklichen Dank an die hochengagierten Lehrerinnen und Lehrer, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Schulen und an die so verständnisvoll und so gut mitarbeitenden Schülerinnen und Schüler richten. Ohne sie wäre das in diesem Land so nicht abbildbar.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Martina Hannen (FDP): Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zuletzt noch stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium unserer Ministerin Yvonne Gebauer danken; denn in dieser schwierigen Zeit zeugt dieser Haushaltsentwurf von den Zielen, die wir erreichen wollen.

Die NRW-Koalition geht konsequent ihren eingeschlagenen Weg weiter – für beste Bildung und für solide Finanzen. Sie sehen, das passt: CDU, FDP, Bildung und Finanzen gehen gut zusammen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hannen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan „Schule und Bildung“ ist von besonderer Bedeutung. Die dort veranschlagten Mittel bilden die Grundlage für die Aufrechterhaltung oder auch Herausbildung eines prosperierenden Gemeinwesens. Sowohl auf individueller als auch makrosozioökonomischer Ebene erhöht Bildung wirtschaftliche Produktivität, kulturelle Potenz auf verschiedenen Ebenen und kreative Freizeitgestaltung im weitesten Sinne.

(Vereinzelt Lachen von der SPD)

Bildung ermöglicht dem Individuum ein materiell abgesichertes, vielgestaltiges und erfahrungsreiches Leben. In einer Gesellschaft mit ausgebildeten und gebildeten Menschen zu leben, sichert auf jeden Fall die materiellen Grundbedürfnisse und ermöglicht

darüber hinaus vielfach emotional-geistige Anregungen, die sich bei aktiver oder passiver Teilhabe an allen möglichen gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten bilden und kreativ werden können. Man kann davon sprechen, dass Bildung die Lebensqualität des Individuums und der Gesellschaft in entscheidender Weise positiv beeinflusst, ja im Grunde genommen begründet.

So könnte man es als ermutigendes Signal ansehen, dass die Landesregierung wiederum einen Bildungshaushalt vorlegt, der mit 20,9 Milliarden Euro immerhin 23,9 % des Gesamthaushalts von 87,5 Milliarden Euro ausmacht und damit der größte Ausgabenposten ist.

Sie haben sich in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 28. Oktober bei der Einführung in den Einzelplan 05 genügend für den finanzpolitischen Einsatz Ihrer Regierung gelobt, Frau Ministerin. Wenn man etwas weniger euphorisch und mit dem nüchternen Blick des sachkundigen Betrachters auf Ihren Etat schaut, wird man nicht mehr so vorbehaltlos in Ihr Eigenlob einstimmen.

Um es vorwegzunehmen, Frau Ministerin: Viele Ihrer Mehrausgaben sind lediglich der Tatsache geschuldet, dass Sie die übelsten Maßnahmen einer zerstörerischen rot-grünen Schulpolitik der Regierung Kraft-Löhrmann gestoppt haben und die schädlichsten Auswirkungen dieser Politik nun durch teure Reparaturmaßnahmen abmildern müssen.

Es ist lobenswert, dass Sie der Realität Rechnung tragen und sich aus der ideologischen Verkrustung rot-grüner Gleichheitsideologie langsam herauschälen, aber das bedeutet noch nicht, dass Sie eine bildungspolitische Vision haben, die mit Blick auf bewährte Traditionen unseres erfolgreichen Bildungssystems die gegenwärtigen Herausforderungen bewältigen könnte. Zu sehr hängen Sie noch an den unseligen Zugeständnissen Ihres Schulkonsenses aus dem Jahr 2010.

Wir vermissen im Kern Ihren Mut, Frau Ministerin, die Priorität einer neomarxistischen Gleichheitsvorstellung endlich aufzugeben und stattdessen die Idee der wertschätzenden Leistungsorientierung wieder aufzunehmen, die letztlich alleine zur freiheitlichen Entfaltung eines jeden Schülers führt.

Zur grundlegenden Beseitigung der schlimmen Schäden in der Schulpolitik hilft nur eine klare Kurskorrektur, die lediglich durch die Rückbesinnung auf höchst erfolgreiche Konzepte von Pädagogik und Unterricht erfolgen kann, nämlich die Differenzierungsmöglichkeiten des gegliederten Schulsystems für die optimale Förderung jedes Kindes zu nutzen und den verschiedenen Schulformen sowie deren Lehrkräften die Anerkennung zu geben, die ihnen allen zusteht. – Herr Ott, wir brauchen nicht das Schulsystem des 17. Jahrhunderts, die Einheitsschule.

(Jochen Ott [SPD]: Das der 30er-Jahre brauchen wir definitiv auch nicht!)

Damit könnten wir endlich einen Trend stoppen, der immer besorgniserregendere Ausmaße annimmt; denn heute kaufen immer mehr Eltern in NRW ihre Kinder aus dem öffentlichen Bildungswesen frei. Sie haben selbst angegeben, dass bei zurückgehender Schülerzahl die Schülerzahlen der Privatschulen nominell konstant geblieben sind – das heißt übersetzt: real einen Aufwuchs erfahren haben.

Eltern, die über das nötige Kleingeld verfügen, geben dafür jährlich im Schnitt einen fünfstelligen Betrag aus. Sie geben viele Tausend Euro aus, damit ihre Kinder nicht mehr den Missfälligkeiten des staatlichen Schulwesens ausgesetzt sind, sondern in den Genuss echter Förderung und Bildung kommen. Man hört ab und zu, dass durchaus auch die Kinder von SPD-Politikern mächtig dabei sind.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Das Vertrauen in das staatliche Schulwesen hat nämlich massiv gelitten.

Wie die Situation ist, zeigen auch die Maßnahmen, die Sie uns stolz vorgetragen haben. Sie richten für die Schuleingangsphase weitere 450 Tarifstellen ein, um die überaus große Heterogenität der Schuleingangsklassen aufzufangen. Das ist erst einmal verantwortungsvoll.

Aber möglicherweise könnte man auch auf die Idee kommen, die Heterogenität der Klassen zu verringern und lernstabile Gruppen zu bilden – ob man sie nun Vorschulklassen nennt oder wie auch immer –, in denen die einzelnen Kinder zu ihrem Recht kommen und eine spezifische Förderung erfahren.

Sie halten jedoch weiter am völlig verfehlten Konzept des sogenannten Gemeinsamen Lernens fest, obwohl es in den hyperheterogenen Klassen gar kein gemeinsames Lernen gibt, sondern ein Lernen in Kleingruppen, das die Schüler eher isoliert, als sie in die Gemeinschaft einer Lerngruppe zu nehmen.

Dazu gehört auch das rot-grüne Konzept einer kindesfeindlichen Inklusion, die Sie weitertreiben. Dafür richten Sie 300 zusätzliche Stellen für Förderschullehrer an Grundschulen ein. Damit stehen 3.862 Förderschullehrer an den Grundschulen zur Verfügung – Lehrkräfte, die dringend an den noch bestehenden Förderschulen gebraucht würden.

Das zeigt, dass Sie sich vom Diskriminierungsgerede rot-grüner Bildungsideologie immer noch nicht ganz frei machen können. Es ist erwiesen und bekannt, dass Kinder mit Förderbedarf am besten in den entsprechenden Förderschulen lernen und sich entwickeln können; fragen Sie mal bei den Förderschulen für sprachliche Entwicklung nach.

Sie treiben aber das völlig untaugliche Inklusionskonzept weiter voran. Das gilt dann auch für die Sekun-

darstufe I, in der alleine 7.500 Stellen für das Gemeinsame Lernen und multiprofessionelle Teams vorgesehen sind.

Dass hier Mittel ineffizient eingesetzt werden, weiß jeder, der sich über den Schulalltag des sogenannten Gemeinsamen Lernens kundig macht. Ich habe noch von keiner Förderschullehrkraft gehört – und ich habe früher mit vielen Lehrkräften gesprochen, die an meiner Schule waren –, dass das Konzept des Gemeinsamen Lernens für Kinder mit besonderem Förderbedarf besser geeignet ist, als wenn sie in einer Förderschule in leistungsadäquaten Gruppen wirklich gemeinsam lernen können.

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben einfach keine Ahnung!)

– Herr Ott, das ist eine Idee, die aus der irrigen Annahme geboren wurde, dass der Besuch verschiedener Schulformen etwas mit Diskriminierung versus Wertschätzung zu tun habe. Nichts davon ist wahr. Unsere Vorfahren, die die verschiedenen Schulformen eingerichtet haben, haben vom Kind her gedacht und hatten ausschließlich die optimale Förderung des Kindes im Sinn.

Frau Ministerin, Sie setzen nun ein Gleichheitskonzept fort, das seine pädagogische Untauglichkeit und Ineffizienz bewiesen hat. In diesem Zusammenhang verlangt die AfD-Fraktion, dass Sie das ursprünglich beim Bund angesiedelte Programm der Bildungsforschung und Bildungsplanung im Zusammenhang mit Kapitel 05 300 „Schule gemeinsam“ nicht mehr weiterführen; die 4,8 Millionen Euro können sinnvoller eingesetzt werden.

Dazu gehört auch der Posten für die Öffentlichkeitsarbeit, für das Anwerben von Lehrkräften. Selbstverständlich wollen wir sie anwerben, aber ich sage Ihnen: Gute Arbeitsbedingungen sind die beste Werbung dafür, dass sich junge Menschen dafür entscheiden, in die Schule zu gehen. Die Arbeitsbedingungen müssen Sie massiv verbessern. Dazu gehört selbstverständlich die Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes vom Mai 2005.

Da wäre noch die Schaffung weiterer Stellen für Schulassistenten. Sie bemühen sich, was wir sehr begrüßen, aber das ist noch zu wenig.

Unzureichend sind auch die Mittel für den Ausbau der automatisierten Datenverarbeitung und für die Organisationsvorhaben in der Schulverwaltung.

Die Mittel für Schülerwettbewerbe und für den Schüleraustausch sowie für die Begabtenförderung können ebenfalls eine Erhöhung vertragen.

Gefördert werden muss unbedingt die sprachliche Fertigkeit der Kinder. Wir schulen immer mehr Kinder ein, die in den eigenen Elternhäusern gar nicht oder nur sehr unvollkommen mit der deutschen Sprache

in Kontakt kommen oder sie gar in ausreichendem Maße lernen.

Die Mängel am Anfang der Schullaufbahn ziehen sich bis in die Abschlussklassen durch. Wenn man sich anschaut, dass 2,1 % der Schüler im Jahr 2020 die Schule ohne jeglichen Abschluss verlassen, also auch ohne Förderschulabschluss, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler steigt, die man als funktionale Analphabeten bezeichnen kann, dann ist die Notwendigkeit offensichtlich, dass der Haushalt solche pädagogisch wichtigen Akzente setzen sollte.

Der Weg, den Sie mit den Talentschulen einschlagen, ist dagegen ein Irrweg. Er fördert die Segregation, und er ist auch ungerecht gegenüber den Kindern, deren Schulen mit weniger Mitteln ausgestattet werden – Ihrer Schülerklientel, die die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulbesuch erfüllt.

Ich höre von diesem Podium aus eigentlich immer nur Stimmen, dass es um irgendwelche benachteiligten Schüler geht. Gut, einverstanden; natürlich muss man sich auch um die kümmern. Ich höre nie, dass es um die sogenannten normalen Schüler geht. Was ist eigentlich mit denen? Haben die überhaupt kein Anrecht? Auf nichts? Nur auf ihre eigene Leistung? Hier müssen gesellschaftliche Anstrengungen unternommen werden und nicht der Ausgleich über Schulen.

Entscheidend für die Leistungen des Bildungssystems sind die kognitiven, sozialen und affirmativen Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Kenntnisse in den allgemeinbildenden Fächern, die in den Schulen vermittelt werden. Erst dieses Bildungswissen, dieses Bildungsgut führt zu den wünschenswerten Auswirkungen einer Bildungsgesellschaft, wie ich sie anfangs skizziert habe.

Halten wir fest: Von der sogenannten weltbesten Bildung ist NRW sehr weit entfernt. Wir steuern auf eine Bildungsapartheit zu. Auch mit diesem Haushaltsentwurf hat die Ministerin keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Gebauer.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute zum fünften Mal in Folge einen Haushalt vor, der klare Prioritäten für den Bereich „Schule und Bildung“ setzt.

Mit einem Gesamtvolumen von rund 21 Milliarden Euro erhöhen wir das Haushaltsvolumen im Einzelplan 05 im Vergleich zum Haushalt 2021 nochmals

um rund 450 Millionen Euro. Die Investitionen in Schule und Bildung sind damit von dieser Landesregierung seit dem Jahr 2017 um über 3 Milliarden Euro erhöht worden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese seit 2017 kontinuierliche und deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben war dringend notwendig, da unsere Schulen eine verlässliche finanzielle Grundlage für eine moderne Bildung benötigen. Eine solche solide und unsere Schulen unterstützende Grundlage haben wir im Jahr 2017 leider nicht vorgefunden.

Ich möchte Ihnen dazu einige Beispiele vortragen, die eindrucksvoll belegen, wie unsicher, wie anspruchlos und wie wenig zukunftsweisend die Finanzierungsgrundlage für Schule und Bildung im Jahr 2017 ausgerichtet war.

Der letzte Haushalt der Vorgängerregierung sah eine Streichung von 6.300 Lehrerstellen vor. Diese Landesregierung hat nicht nur die 6.300 Lehrerstellen gesichert, sondern weitere 10.500 Stellen geschaffen. Das macht im Saldo einen Unterschied von 16.800 Lehrerstellen in viereinhalb Jahren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bevor nun der Einwand kommt, dass Stellen keinen Unterricht machen – ja –, möchte ich Ihnen trotzdem ein paar Zahlen nennen, und zwar schwarz auf weiß aus den amtlichen Schuldaten:

Im Schuljahr 2020/2021 unterrichten an den öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen rund 10.200 hauptamtliche Lehrkräfte mehr als im Schuljahr 2016/2017. Diesen Weg müssen wir weitergehen, und diesen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb haben wir für die langfristige Lehrkräfteversorgung eine weitere Unsicherheit im Landeshaushalt beseitigt. Ich spreche hier von den Problemen, die durch fehlende Studienplätze entstanden sind. Gemeinsam mit den Hochschulen haben wir frühzeitig die Studienplatzkapazitäten dauerhaft erhöht.

Für das Grundschullehramt werden in dieser Legislaturperiode mehr als 700 neue Studienplätze geschaffen. Für das Lehramt für die sonderpädagogische Förderung werden sogar 750 neue Studienplätze dauerhaft eingerichtet. Jahr für Jahr bilden wir derzeit fast 1.500 Lehrkräfte zusätzlich für unsere Grund- und Förderschulen und natürlich auch für das Gemeinsame Lernen aus.

Im Landeshaushalt festigen wir so das Fundament für eine nachhaltig bessere Versorgung unserer Schulen mit qualifiziertem Lehrpersonal. Das ist die wichtige Grundlage, damit Aufstieg durch Bildung dauerhaft für alle möglich ist.

Verständlicherweise sind unbesetzte Stellen für uns alle eine Herausforderung; ja. Wir haben konsequent dagegeengehalten. Wir halten mit unseren Maßnahmenpaketen, mit denen wir zwischenzeitlich über 5.500 zusätzliche Einstellungen erreichen konnten, dagegen.

Wer viele Tausend zusätzliche Stelle schafft, muss auch – zumindest vorübergehend – mit unbesetzten Stellen rechnen. Aber die Schaffung zusätzlicher Stellen ist die erste Voraussetzung für zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Unser Anspruch war es, ist es und bleibt es, weitere Stellen zu schaffen und diese dann auch alle zu besetzen.

Zusätzliche Stellen haben wir unter anderem in so wichtigen Bereichen wie der schulischen Inklusion geschaffen. Viel zu lange wurde die Inklusion lediglich politisch erklärt, aber nicht mit Personal unterstützt. Nun sieht die Mittelfristige Finanzplanung insgesamt 6.000 zusätzliche Stellen für das Gemeinsame Lernen vor.

Zusätzlich unterstützen wir in diesem Bereich nun auch unsere Grundschulen im Rahmen unseres Masterplans. Allein im Landeshaushalt 2022 schaffen wir weitere 749 Stellen für die Neuausrichtung der Inklusion an den Schulen des Gemeinsamen Lernens. Beim Stellenausbau setzen wir auf die im Schulalltag so wichtige Unterstützung von multiprofessionellen Teams, von Schulverwaltungsassistenten, aber auch der Schulpsychologie.

Unsere Grundschulen stehen mit dem Masterplan zu Recht wieder im Zentrum unserer Anstrengungen. Wir haben konsequent die Zahl der Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase um mittlerweile 2.000 erhöht.

Zur Stärkung und Unterstützung unserer Grundschulen stellen wir allein im Jahr 2022 über 780 zusätzliche Stellen zur Verfügung. Hiervon sind 400 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase und 200 Stellen für das Gemeinsame Lernen vorgesehen.

Mit dem Masterplan werden unsere Grundschulen Schritt für Schritt in die Lage versetzt, Kinder von Beginn an besser, aber auch individueller zu fördern.

Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass die von Rot-Grün hinterlassene Gerechtigkeitslücke bei den Leitungsfunktionen geschlossen wurde; denn mit dem Masterplan haben auch kleine Grundschulen mit weniger als 180 Schülerinnen und Schülern Stellen für eine Konrektorin bzw. einen Konrektor erhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber auch die berufliche Bildung haben wir mit diesem Haushalt weiter gestärkt. Mit über 700 Stellen wird die Personalausstattung entscheidend verbessert.

Die Schulsozialarbeit, ebenfalls ein wichtiges Thema, war 2017 gleich reihenweise von Unsicherheiten geprägt. Ihre Finanzierung war nicht verlässlich, Beschäftigungsverhältnisse waren für die Betroffenen mehr als unsicher. Heute ist die Schulsozialarbeit dank dieser Landesregierung fest und dauerhaft in der Mittelfristigen Finanzplanung verankert. Wir haben sie zudem mit weiteren 10 Millionen Euro gestärkt, damit soziale Arbeit an Schulen vor allem unter Berücksichtigung des sozialen Umfeldes einer Schule wieder umfassend, aber auch verlässlich stattfinden kann.

Für den Offenen Ganzttag haben wir über 640 Millionen Euro im Haushalt verankert. Wir haben den Platzausbau beschleunigt und in all den Jahren sichergestellt, dass jeder beantragte Platz vor Ort im Interesse der Familien, aber natürlich auch der Kinder eingerichtet und finanziert werden konnte und auch weiter finanziert werden kann. Seit 2017 konnten 55.000 zusätzliche Plätze eingerichtet werden.

Zudem – dies gab es vorher ebenfalls noch nicht – haben wir die Regelförderung für die Plätze um 32 % erhöht. Das ist eine gute Basis für mehr Qualität in der Offenen Ganzttagsschule.

Es ist auch eine gute Grundlage, um den Rechtsanspruch bei uns in Nordrhein-Westfalen auf der Basis des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung, aber natürlich im Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden unseres Landes in einer ausreichenden Quantität und vor allem mit mehr Qualität erfolgreich umsetzen zu können.

Der vorerst letzte Punkt: die Digitalisierung. Diese Landesregierung hat die Digitalisierung in unseren Schulen auch unter pädagogischen Gesichtspunkten zu einem unumkehrbaren Prozess gemacht. Gestartet sind wir im Jahr 2017 bei fast null: kein schnelles Internet, keine digitalen Endgeräte, keine digitale Arbeitsplattform für unsere Lehrkräfte und für unsere Schulen keine Strategie, um den Anforderungen einer digitalen Welt gerecht werden zu können.

Mit der Digitalstrategie standen und stehen unseren Schulen – auch mit Unterstützung durch Bundesmittel – 2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025 zur Verfügung. Alle Lehrkräfte und etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler verfügen mittlerweile über digitale Endgeräte. Bis zum Ende des Jahres 2022 werden dann auch alle Schulen mit schnellem Internet ausgestattet sein. Wir haben eine digitale Aufholjagd versprochen. Wir haben sie erfolgreich begonnen und setzen sie auch weiter fort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf ein Programm zu sprechen kommen, das erst dank dieser Landesregierung einen festen Platz im Landeshaushalt hat: das Programm der Erinnerungskultur. Die Erinnerungskultur war, so wurde mir zumindest

berichtet, auch ein Anliegen meiner Vorgängerin Frau Löhrmann. Das Problem war nur, dass es dafür im Landeshaushalt vom damaligen Finanzminister keinen einzigen Euro gegeben hat.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Da ging es ihr wie Ihnen!)

Heute ist die Erinnerungskultur fester Bestandteil des Landeshaushalts. Jedes Jahr profitieren viele Tausend Schülerinnen und Schüler von den Gedenkstättenfahrten, für die wir mittlerweile über 2 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ich denke, das ist ein echter und wichtiger Beitrag im Interesse der politischen Bildung und der Demokratieerziehung.

Mit dem von mir vorgestellten Einzelplan liegt Ihnen heute der bisher größte Bildungsetat in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen zur Abstimmung vor. Jeder vierte Euro des Landeshaushaltes kommt unseren Schulen zugute, denn – dies gilt auch bzw. gerade in Krisenzeiten – Investitionen in Bildung sind und bleiben Investitionen in die Zukunft unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Damit schließe ich die Debatte zum Einzelplan 05.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15705, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen.

Es liegt zwischenzeitlich, wie Sie wissen, ein **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/15694** vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. – Die Enthaltungen sind demzufolge bei der SPD-Fraktion. Mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ist der Änderungsantrag damit **angenommen**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – in der zweiten Lesung, und zwar in der soeben von Ihnen geänderten Fassung, und nicht etwa über die Beschlussempfehlung. Wer dem in zweiter Lesung geänderten Einzelplan 05 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in seiner geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15706 hin sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Es handelt sich um die Änderungsanträge Drucksachen 17/15695 bis 17/15699 und 17/15715, 17/15721 und 17/15722.

Wir debattieren in den beiden Teilbereichen a) Kultur und b) Wissenschaft und Weiterbildung.

Ich rufe auf:

a) Kultur

Die Aussprache zu diesem Teilbereich eröffnet für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man ehrlich ist: Inhaltlich kann man wenig meckern. Mehr kann man sich immer wünschen, aber die zusätzlichen Gelder sind alle Anerkennung wert. Daraus habe ich auch nie einen Hehl gemacht.

Wir würden die zusätzlichen Gelder anders ausgeben. Wir haben in den letzten Jahren auch mehrere Anträge vorgelegt, die Sie allesamt abgelehnt haben. Das war enttäuschend. In diesem Jahr haben wir einen Antrag gestellt – 2 Millionen Euro mehr für die Soziokultur –, den haben Sie auch abgelehnt. Auch das ist enttäuschend.

Die regierungstragenden Fraktionen haben nun weitere Änderungsanträge vorgelegt. Dabei sind auch gute Positionen. Ich kenne das auch: Sie haben als Fraktion ein bisschen Spielgeld bekommen und damit gehen Sie jetzt ein Jahr vor der Landtagswahl einkaufen. Das ist ein schönes Gefühl, das kenne ich aus 2016 auch. Man muss auch jünne könne. Es ist zwar insgesamt ein bisschen Köln-lastig, aber die Projekte sind grundsätzlich in Ordnung.

Sie legen Ihren letzten Haushalt der Legislatur vor, daher sei auch ein Resümee an dieser Stelle gestattet. Der Haushalt wuchs in fünf Jahren um über 100 Millionen Euro auf. Wir haben es damals in sieben Jahren mit deutlich weniger Steuereinnahmen auf knapp 40 Millionen geschafft. Da waren Sie schlicht gut und auch besser.

Auch das klare Bekenntnis, den Haushalt von Anfang an schrittweise zu erhöhen, war sehr gut. Auch das zeigte das vergangene Jahr: NRW ist in der Pandemie im Bereich „Kultur“ keinen für alle guten, aber für